

Sehr geehrter Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen,
die Kolleginnen und Kollegen der FDP möchten mit ihrem Antrag eine **Gerechtigkeitslücke** schließen. Normalerweise nicht unbedingt das Thema ihrer Fraktion.

Konkret geht es um die Gerechtigkeit bei der Verleihung von Einsatzmedaillen an Soldatinnen und Soldaten, die in einem mandatierten Auslandseinsatz dienten, bzw. um die Sondermedaille „Gefecht“.

Diese wurde erstmals am 25. Oktober 2010 durch den damaligen Bundesminister der Verteidigung posthum, dem am 29. April 2009 in Afghanistan gefallenen deutschen Soldaten, den Hauptgefreiten Sergej Motz, verliehen und dessen Angehörigen überreicht.

Seit 1992 kamen im Ausland **108 Bundeswehrangehörige** ums Leben. 37 davon durch Fremdeinwirkung und 22 durch Suizid.

Ja, auch meine Fraktion ist für die **Anerkennung** von beruflichen Leistungen – übrigens in allen Berufen. Und es gibt ganz zahlreiche Berufe, in denen diejenigen, die ihre oft schwere, teilweise schlecht bezahlte Arbeit ausüben, eine Medaille verdient hätten. Ob es aber ausgerechnet die Teilnahme an einem Gefecht in Afghanistan oder Mali ist, die eine Medaille verdient, steht mehr als in Frage.

Uns geht es dabei ausdrücklich nicht um die Arbeit der Soldatinnen und Soldaten. Sie machen einen **oft schweren Job**. Verbunden mit hohen Risiken und in der Tat häufig mangelnder Wertschätzung. Das liegt auch daran, weil das Bundesministerium der Verteidigung ein desolates Bild abgibt.

Uns hingegen geht es ausdrücklich um diese **politische Verantwortung** für die Soldatinnen und Soldaten und ihre Arbeit.

Aber Anerkennung lässt sich nicht in Edelmetall messen. **Anerkennung** hat vor allem etwas mit Verantwortung zu tun. Afghanistan zeigt seit einer gefühlten Ewigkeit und Mali in jüngerer Vergangenheit, dass internationale Militäreinsätze die **strukturellen Probleme dieser Länder nicht lösen können** und gerade durch die Anwesenheit ausländischer Streitkräfte die Dynamik von bewaffneten Konflikten an Schärfe zunimmt.

Leidtragende sind die Menschen vor Ort, aber eben auch unsere Soldatinnen und Soldaten.

Dabei ist es nicht immer das Leben, das unsere Soldaten lassen, aber es sind die **traumatischen Erfahrungen**, die in der Folge zermürben.

2018 – Jahre nach dem offiziellen Ende des Kampfeinsatzes in Afghanistan – wurde bei 182 Soldatinnen und Soldaten eine einsatzbedingte Posttraumatische Belastungsstörung (**PTBS**) neu diagnostiziert – mehr als im Jahr zuvor.

Bei 279 Soldaten wurde eine einsatzbedingte **psychiatrische Erkrankung** diagnostiziert worden - das waren in etwa so viele Neuerkrankungen wie 2017. Und das sind nur die Fälle, die in Bundeswehreinrichtungen behandelt werden und die Spitze eines Eisbergs, bei dem wir nicht genau wissen, wie tief er ist. Viele dieser Soldatinnen und Soldaten sind inzwischen **chronisch krank** und nicht mehr in der Lage, einem Leben wie vor dem Einsatz nachzugehen. Weder beruflich, noch privat.

Natürlich können wir ihnen allen – ohne jeden Stichtag eine Medaille verleihen, aber nützt dies etwas? Verbessern wir damit etwas?

Nein, politische Verantwortung und damit Verantwortung für die Soldatinnen und Soldaten zu übernehmen, Leid und Trauer von Angehörigen abzuwenden, würde bedeuten, die Soldatinnen und Soldaten dorthin zu bringen, wo sie hingehören: **nach Deutschland zurück**. Weiter zu machen wie bisher, aber den Soldatinnen und Soldaten eine Medaille zu verleihen, ist hingegen Placebo-Politik.

Vielen Dank!